



# 1:12 – eine Kampagne für alle

«Gemeinsam für gerechte Löhne» – unter diesem Motto sind wir anfangs September in den Abstimmungskampf zur 1:12-Initiative gestartet. 17 CampaignerInnen in der ganzen Schweiz werden zusammen mit allen Mitgliedern in den Sektionen und Kantonalparteien die nationale Kampagne umsetzen.

### Der Aufbau der Kampagne

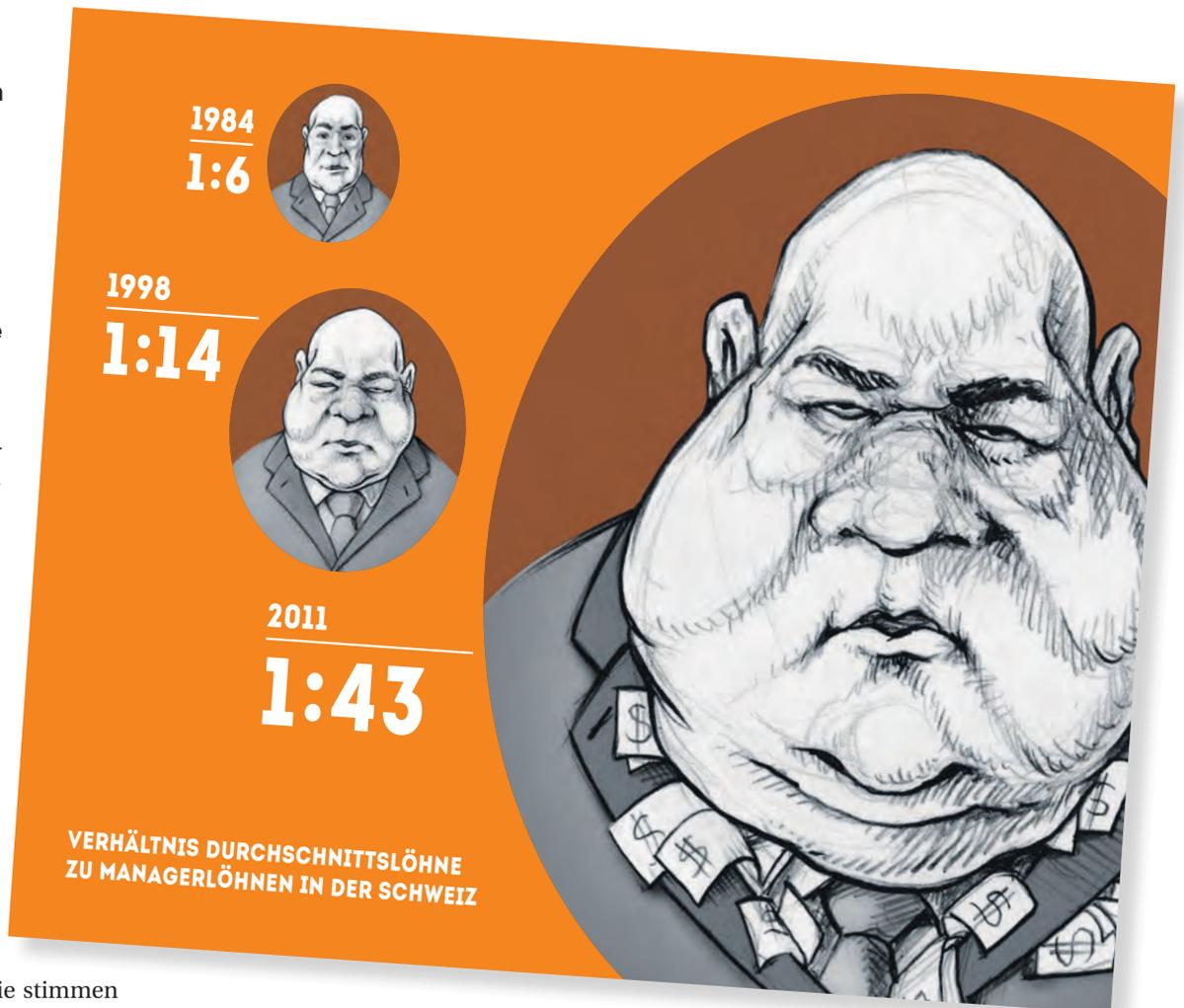
Die SP Schweiz geht in diesem Abstimmungskampf neue Wege in der Kampagnenführung: Den Millionen der Gegner hält die SP eine Basiskampagne entgegen. Statt auf ein sattes Budget und flächendeckende Werbung setzen wir auf menschliches Engagement und motivierte Mitglieder. Neben den klassischen Medien nutzen wir auch stark die sozialen Netzwerke und arbeiten eng mit der JUSO zusammen.

In Basel-Land und der Stadt Basel sind zwei Campaigner-Stellen geschaffen worden. Sie wurden mit Beda Baumgartner (Präsident JUSO BS) und Franziska Wagner (JUSO BL) besetzt. Sie stimmen ihre Aktivitäten nicht nur mit dem nationalen Kampagnenteam von SP Schweiz ab, sondern arbeiten zusätzlich im regionalen, überparteilichen Komitee mit. In diesem Komitee werden die kantonalen Aktionen und die Zusammenarbeit der SP, JUSO, der Grünen Partei, dem Jungen Grünen Bündnis NWCH und den Gewerkschaften geplant und koordiniert.

Der Erfolg des Abstimmungskampfes hängt sehr stark davon ab, dass sich jede und jeder beteiligt. Wir stellen Material zur Verfügung, das den Abstimmungskampf unterstützt. Dazu gehören neben Flyern und Plakaten auch die bereits berühmt gewordenen 1:12-Fahnen und Workshops zum Thema 1:12, die die SP den Sektionen anbietet. So kann jede und jeder zum Botschafter für gerechte Löhne in der Schweiz werden.

### Macht alle mit!

In Basel-Stadt und Baselland planen wir einen gemeinsamen lebhaften Abstimmungskampf mit vielfältigen Aktionen und Veranstaltungen,



bei denen möglichst viele TeilnehmerInnen benötigt werden. Das geht ganz einfach: Zum Beispiel könnt ihr zuhause eine 1:12-Fahne aus dem Fenster hängen. Oder an einer der drei spannenden Podiumsdiskussionen teilnehmen, die am 20. September in Niederdorf BL, am 18. Oktober in Basel und am 21. Oktober in Aesch stattfinden. Oder ihr schreibt einfach einen Leserbrief oder einen Onlinekommentar und helft so, die Diskussion in den Medien zu beeinflussen.

Im Kanton Baselland werden wir Flyer stecken und plakatieren gehen. Ebenfalls geplant sind Standaktionen. Zusammen mit Basel-Stadt werden zwei Flyeraktionen am Bahnhof Basel durchgeführt.

In Basel-Stadt wird die Kampagne auf zwei Ebenen laufen: Zum einen wird es von der Kantonalpartei aus Werbung auf dem E-Board und im Kultkino geben. Dazu kommen zwei grosse kantonale Aktionstage. Zum anderen

führen die Quartiervereine mit Unterstützung der Kantonalpartei möglichst viele Standaktionen durch und erreichen so eine grosse Präsenz auf der Strasse. Dazu wird es Flyer, Luftballone und weitere Giveaways geben.

Wir freuen uns darauf, mit euch zusammen zu plakatieren, zu diskutieren und die Abstimmung in den beiden Basel zu gewinnen!

Fragen, Bestellungen und Anmeldungen nehmen wir gerne entgegen unter:

[beda.baumgartner@juso-bs.ch](mailto:beda.baumgartner@juso-bs.ch)  
[franziska.wagner@sp-bl.ch](mailto:franziska.wagner@sp-bl.ch)

Franziska Wagner und  
Beda Baumgartner  
Campaigner, JUSO BL & BS



KANTONSSPITAL BL: BEITRITT ZUR WIRTSCHAFTSKAMMER

## Wem gehört das Kantonsspital Baselland?

Mit über 3400 Mitarbeitenden ist das Kantonsspital Baselland, fusioniert aus den Kantonsspitalern Laufen, Bruderholz und Liestal, ein bedeutender Arbeitgeber. Per 1.1.12 wurde es als öffentlich-rechtliche Anstalt verselbständigt. Es untersteht dem Spitalgesetz und hat dabei eine wichtige Rolle in der medizinischen Grundversorgung des Kantons. Finanziert wurde es bis zur Selbständigkeit von den Steuerzahlenden und natürlich über die Leistungen der Versicherungen und der PatientInnen. Mit der neuen Spitalfinanzierung muss der Kanton 55 Prozent der Kosten der Spitalbehandlungen tragen, die Versicherungen die anderen 45 Prozent. Über die gemeinwirtschaftlichen Leistungen für Ausbildung, Notfallversorgung etc. zahlt der Kanton ebenfalls an die Spitäler. Wir haben uns also schon aus finanzpolitischen Gründen für dieses Thema zu engagieren.

Die Wirtschaft hat das Gesundheitswesen als Geschäftsmodell entdeckt. Mit dem Beitritt zur Wirtschaftskammer will das Kantonsspital nun endlich wie ein privates Unternehmen funktionieren, dies gemäss Medienmitteilung. Wie schön ist es doch, auf Kosten der Allgemeinheit Unternehmer zu sein! Der Direktor der Wirtschaftskammer klagt über die unternehmerfeindliche Politik und vergisst, dass die Allgemeinheit das ganze Risiko trägt und sich andererseits damit begnügen muss, nur minimalste Mitbestimmungsrechte zu haben. Der Abgang von hochqualifizierten Ärzten konnte daher nur noch bedauernd zur Kenntnis genommen werden.

Umso wichtiger ist es, wer am Steuer, sprich im Verwaltungsrat des Kantonsspitals sitzt. Dessen Zusammensetzung bestimmt der Regierungsrat, der selber in diesem Einsitz hat. Hier muss der Einfluss von medizinischem

Fachverstand und regionalem Denken verstärkt werden. Dazu hat die SP einen Vorstoss verfasst, der zwei Ziele verfolgt: Die regionale Spitalpolitik soll gestärkt werden, indem jemand aus einem anderen Spital gewählt wird, und der Regierungsrat ist durch eine Fachperson aus der ambulanten Versorgung zu ersetzen (Stichwort Integrierte Versorgung). Eine öffentlich-rechtliche Anstalt im Gesundheitswesen hat nicht die Renditeoptimierung als Ziel, sondern die Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung für alle. Auch wenn das die Bürgerlichen nicht gerne lesen.

**Pia Fankhauser**  
ist Landrätin und Mitglied der  
Volkswirtschafts- und Gesundheits-  
kommission



INITIATIVE WOHNBAUFÖRDERUNG

## Wohnbau: Förderung mit sozialem Ansatz

**Eines ist nach der Landratsdebatte klar: Der Gegenvorschlag der Regierung zur «Initiative zur Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums und des gemeinnützigen Wohnungsbaus» ist unbrauchbar und wird hochkant abgelehnt. Der Landrat empfiehlt den Stimmberechtigten die Initiative zur Annahme.**

Mit diesem Entscheid stellt sich das Parlament deutlich hinter die Initiative, welche die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus und des selbstgenutzten Wohneigentums vereinen will. Die Initiative, von den Hauseigentümern lanciert, ist der Abschluss der jahrelangen politischen Auseinandersetzung um das Bausparen. Diese endete 2012 mit der Ablehnung der Bausparinitiative in einer klaren politischen Niederlage der Bürgerlichen. Nun folgt der Versuch, mit einer neuen Ausrichtung und der damit verbundenen Aufnahme von sozialen Zielen zumindest das Gesicht zu retten. Eines muss man der Initiative lassen: Der gemeinnützige Wohnungsbau bekommt

den Stellenwert, den er eigentlich haben sollte, nämlich Verfassungsstatus. Die Initiative steht für die häusliche Nutzung des Bodens durch verdichtetes Bauen und fördert das altersgerechte Wohnen.

Aber ausser diesen Anliegen, die sich mit unseren Absichten und Ideen decken, soll auch das private Eigentum gefördert werden, insbesondere was das Wohnen im Alter und energetische Massnahmen betrifft. Dies wiederum ist diskussionswürdig, besonders weil die energetischen Massnahmen bereits im kantonalen und nationalen Energiegesetz verankert sind. Freuen dürfen wir uns auf eine spannende Diskussion mit anschliessender Parolenfassung an unserer DV.



**Daniel Münger**, Landrat, Mitglied der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission

### AGENDA SP BASELLAND

Mittwoch, 16. Oktober, 19.30 Uhr  
**Delegiertenversammlung der SP Baselland**  
Wahl des neuen Präsidiums, Gemeindesaal  
Gelterkinden

Freitag, 18. Oktober, 19.30 Uhr  
**1:12-Podium**  
**Heiner Flassbeck vs. George Sheldon**  
Union, Basel

Samstag, 19. Oktober  
**Herbstwanderung SP Münchenstein**  
Infos auf der Sektionsseite

Montag, 21. Oktober, 20 Uhr  
**«Nehmt den Reichen das Geld weg»**  
**mit Cédric Wermuth**  
Restaurant Jura, Bahnhofstrasse 25, Aesch

Dienstag, 22. Oktober, 20 Uhr  
**1:12-Workshop mit Hanna Bay**  
Gemeindehaus, Gelterkinden

Mittwoch, 23. Oktober, 19.30 Uhr  
**Christoph Rolle – Ausstellung, Vortrag von Prof. Dr. Roger Blum**  
Diskussion und Apéro, Gemeindesaal,  
Lausen

## REVISION TAXI-GESETZ

# Staatliches Monopol statt Flickwerk aus dem Departement Dürr

**Die Revision des Taxi-Gesetzes ist notwendig. Der vom Justiz- und Sicherheitsdepartement präsentierte Vorschlag bringt aber keine Lösungen. Ausgerechnet die Qualitätsverbesserung für die Kundschaft und die Erhöhung der ausbeuterischen Löhne der TaxifahrerInnen werden damit nicht erreicht. Die SP fordert die Prüfung der einzig sinnvollen Lösung: Taxis werden Teil des öffentlichen Verkehrs.**

Drei Ziele sollte die notwendige Revision des Taxi-Gesetzes von 1996 erreichen:

1. Anpassung an übergeordnetes Recht, d.h. an das Binnenmarktgesetz und das Freizügigkeitsabkommen
2. Steigerung der Qualität für die Kundschaft
3. Verbesserung der Arbeitsbedingungen der TaxifahrerInnen.

Die Anpassung an übergeordnetes Recht wird im Vorschlag des Justiz- und Sicherheitsdepartements (JSD) mit beeindruckendem Dienst-



fer gemeistert. Die andern Ziele werden leider verfehlt.

Der Mangel an Qualität im Basler Taxigewerbe wurde medial mehrfach und teilweise verzerrt dargestellt. Im Ratschlag wird die Branche gar mit unvollständigen Statistiken pauschal und tendenziös als «kriminell» dargestellt. Tatsächlich sind TaxifahrerInnen hart arbeitende Menschen, die gemäss einer Lohnerhebung der Gewerkschaft Unia zwischen 12 und 16 Schweizer Franken pro Stunde verdienen. Wir stimmen mit dem JSD überein, dass nur die

Limitierung der Anzahl Taxis zu einer Verbesserung der Qualität und einer Erhöhung der Löhne führt. Der Vorschlag der lächerlichen Reduktion von 470 auf 450 Taxis jedoch wird nicht den gewünschten Effekt bringen. Nimmt das Departement Dürr also bewusst Hungerlöhne in einem «Teil des Dienstleistungsangebotes des Kantons» in Kauf?

Die vorliegende Revision ist ein ungenügendes Flickwerk. Die einzige echte Lösung ist die staatliche Monopolisierung. Damit würden die Taxis Teil des öffentlichen Verkehrs, und die Regierung könnte in Lohnregulierung und Qualitätssicherung eingreifen. Es würde Basel gut anstehen, eine einheitliche Elektrotaxi-Flotte mit gut bezahlten TaxifahrerInnen zu haben. Darum fordert die SP die Prüfung einer staatlichen Monopolisierung des Taxigewerbes.

**Toya Krummenacher**  
Grossrätin SP Basel-Stadt



## SP FRAUEN

# «Üben, üben, üben» – Veranstaltung zum Reden in politischen Gremien

**Sprechen in politischen Gremien ist den meisten nicht in die Wiege gelegt. Besonders Frauen in den Anfängen ihres politischen Engagements tun sich häufig schwer, in grösseren Gremien wie der Delegiertenversammlung oder an öffentlichen Veranstaltungen das Wort zu ergreifen.**

Geschlechterspezifische Sozialisierung und Ungleichheiten kommen in Sprechsituationen subtil zum Tragen. Sie erschweren den Schritt von der ZuhörerIn zur aktiven RednerIn für Politik-AnfängerInnen. Besonders Frauen unterschätzen ihre eigene Sprech-Kompetenz oder zweifeln daran, überhaupt etwas Relevantes zu sagen zu haben. Um in politischen Debatten effektiv Einfluss nehmen zu können, sichtbar

zu werden und auch Freude am Diskutieren zu erhalten, ist es deshalb besonders wichtig, dass Frauen innerhalb der Partei spezifisch im Bereich Rhetorik und Kommunikation gefördert werden.

Die Kerngruppe der SP Frauen Basel-Stadt hat deshalb am 20. August 2013 eine Veranstaltung durchgeführt, die den Erfahrungsaustausch zwischen erfahrenen RednerInnen und solchen, die es werden wollen, ermöglicht. Nach einem theoretischen Input von Michela Seggiani schilderten Silvia Schenker und Anita Fetz ihren Weg von den ersten rhetorischen Schritten in der Politik bis zu ihren heutigen Auftritten als erfahrene RednerInnen auf nationaler Ebene. Sie betonten die Wichtigkeit von Erfahrung, die man sich nur durch Übung aneignen kann. Während zwei Stunden diskutierten in Workshops 25 JUSO-Frauen,

Neumitglieder, Grossrätinnen, Mitglieder der Kerngruppe der SP Frauen und VertreterInnen des Sekretariats und des Präsidiums über Argumentationsstrategien, Lampenfieber, die Wichtigkeit von Netzwerken und Themensicherheit und von gegenseitiger moralischer Unterstützung. Die Rückmeldungen auf die gut besuchte Veranstaltung waren überaus positiv und viele äusserten den Wunsch nach vermehrten Kommunikationstrainings für Frauen.

**Barbara Heer**  
Mitglied Kerngruppe der SP Frauen



## RENTENALTER

# AHV: Vorwärts Marsch!

Auf Einladung der SP Frauen BL und BS haben Frauen jeden Alters und aus beiden Kantonen am Anlass «AHV – wie weiter?» über die Erhöhung des Rentenalters diskutiert. Bei den anstehenden Reformen der Pensionskassen soll nämlich unter anderem das Pensionskassenalter für Frauen auf 65 angehoben werden.

Referentin Christine Goll – renommierte Expertein für Sozialpolitik und Genderfragen – setzte die Frauen zuerst über die Eckwerte der Sozialversicherungen ins Bild. Betroffen nahmen die Frauen aufrüttelnde Fakten und Zahlen zur Kenntnis. 37% aller Frauen und 13% aller Männer leben in der Schweiz ausschliesslich von der AHV. Eine durchschnittliche AHV-Rente beträgt zirka 2000 Franken und liegt damit unter dem Existenzminimum.

Voraussetzung für die Maximalrente von 2340 Franken ist ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 84'240 Franken während 44 bzw. 43 Jahren. Nur wenige Angestellte erhalten diese maximale AHV-Rente und selten

eine Frau, die wegen Mutterschaft und Kinderbetreuung beruflich zurücksteckt.

Seit 1975 wurden die Lohnprozente an die AHV – je 4,2% für Arbeitgeber und -nehmende – nie mehr erhöht. Aus der Tabak-, Alkohol-, und Mehrwertsteuer fliessen heute 3 Mia. Franken weniger in die AHV als ursprünglich geplant. Dafür wird damit die allgemeine Bundeskasse gespiesen. 2007 wurden der AHV-Kasse 15 Mia. Franken entnommen, um die IV zu sanieren. Trotzdem hat die AHV seit ihrer Einführung 1948 eine ausgeglichene Rechnung.

Die oben ausgeführten Fakten strafen die zwei am häufigsten gehörten Behauptungen Lügen: dass die AHV bankrott und die Alten reich seien. Auf dieser Grundlage nahmen die anwesenden Frauen die Initiative «AHV Plus» wohlwollend zur Kenntnis. Diese will den AHV-BezügerInnen eine 10 Prozent höhere Rente gewähren. Schliesslich steht in der Bundesverfassung, dass es mit AHV und Pensionskasse im Alter möglich sein soll, seine Le-

benshaltung weiterzuführen zu können. Dafür braucht es höhere AHV-Renten, denn nur jede dritte Frau und knapp die Hälfte der Männer erhalten neben der AHV auch eine Rente aus der Pensionskasse. Wenn die AHV schon nicht existenzsichernd ist, macht es für die unteren Einkommen einen grossen Unterschied, ob sie pro Monat 200 Franken mehr oder weniger zur Verfügung haben.

Statt das AHV-Alter für Frauen heraufzusetzen – so waren sich die anwesenden Frauen einig –, muss die AHV zugunsten der Existenzsicherung der unteren und mittleren Einkommen gestärkt werden. Jede Rentenaltererhöhung ist eine Rentenkürzung, die gerade Frauen hart trifft.



**Mirjam Würth**  
Landrätin SP Baselland

## AUS DEM GROSSEN RAT

# Catch 22 bei der neuen Spitalfinanzierung

Das Krankenversicherungsgesetz (KVG) wurde 2012 mit dem Ziel revidiert, bei Spitalleistungen die Transparenz zu erhöhen und die Kosten zu senken. Nach den neuen Regeln der Spitalfinanzierung muss nun der Wohnkanton der PatientInnen 55% der Kosten einer stationären Spitalversorgung übernehmen (bisher 50%). Die Krankenversicherer zahlen den Rest. Geändert wurden aber auch die Finanzierungsmodalitäten: Neu erhält jedes Spital pro Fall eine fixe Pauschale, bestehend aus einem Basispreis (Baserate) sowie einem Zuschlag, der je nach Art und Schweregrad der Behandlung variiert. Die Gesundheitsversorgung ist gemäss der Verfassung Sache der Kantone. Der Kanton muss deshalb auch als Regulator dafür sorgen, dass diese neue Spitalfinanzierung so umgesetzt wird, dass der hohe Qualitätsstandard gewährleistet bleibt. Im Kanton Basel-Stadt wurden u. a. vor diesem Hintergrund die drei öffentlichen Spitäler ausgegliedert und in der Form öffentlich-rechtlicher Anstalten, allerdings im Eigentum des Kantons, verselbständigt.

Der Kanton kann somit nicht mehr mit eigenen öffentlichen Spitalern die Gesundheitsversorgung sicherstellen. Vielmehr muss er diese Aufgabe nun als Regulator, als Financier und als privatwirtschaftlicher Spitalbetreiber bewältigen. Diese Dreifachrolle birgt Konfliktpotenzial.

Der Kanton möchte als Eigentümer für sein eigenes Spital möglichst hohe Preise (Baserates) für die Leistungen. Das Spital soll ja rentieren. Gleichzeitig muss der Kanton 55% des Preises für einen stationären Aufenthalt selber berappen, weshalb wiederum tiefe Baserates attraktiver sind. Der Kanton hat also sowohl ein Interesse an hohen als auch an tiefen Baserates. Endgültig unauflösbar wird nun das Dilemma, wenn der Kanton als Regulator bei einem Streit über diese Baserates zwischen Versicherern und sich selbst als Spitaleigentümer auch noch vermitteln soll. Es stellt sich die

Frage, wie damit umgegangen werden soll. Sicher keine Lösung ist eine Totalprivatisierung der Spitäler. Angezeigt erscheint aber, dass sich der Kanton dieser Problematik stets bewusst ist und dass die Möglichkeit geschaffen wird, bei auftauchenden direkten Interessenkonflikten in den Ausstand treten zu können.



**Christian von Wartburg,**  
Grossrat SP Basel-Stadt

## AGENDA SP BASEL-STADT

Mittwoch, 2. Oktober  
**SG Gleichstellung**  
Grosser Saal, Gewerkschafts-  
haus, 18.30 Uhr

Montag, 14. Oktober  
**1:12 Postkartenschreiben**  
Raezkeller, Claraplatz 1a,  
17 Uhr

Dienstag, 15. Oktober  
**Parteivorstand**  
Gewerkschaftshaus, 20 Uhr

Freitag, 18. Oktober  
**Podium 1:12 mit den Öko-  
nomen Heiner Flassbeck und  
George Sheldon**  
Volkshaus, Galeriesaal,  
19.30 Uhr

Samstag, 19. Oktober  
**Hafenführung mit der  
SG Stadtentwicklung und  
Verkehr**  
Treffpunkt: Hochbergstrasse  
160, 14 Uhr

Montag, 21. Oktober  
**SG Migration**  
SP Sekretariat, Gewerkschafts-  
haus, 19.30 Uhr

Dienstag, 29. Oktober  
**1:12 Postkartenschreiben**  
SP Sekretariat, Gewerkschafts-  
haus, 17.30 Uhr bis zur DV

Dienstag, 29. Oktober  
**Delegiertenversammlung**  
Volkshaus, Unionsaal, 20 Uhr